

Nebrer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 RM.

Schriftleitung: Will. Sauer in Kisleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerige Buchdruckerei, Kisleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Karoline Weig, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Kisleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 45 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenfeld 20 Pf. Anzeigenannahme an Werktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr. 79

Sonnabend, den 6. Juli 1929

42. Jahrgang

Vorkläufig noch Damesplan?

Man rechnet mit Generalität.

Es titelt es in der Politik nicht, so sehr wendet sich das politische Interesse der politischen Reparationskommission zu. Bekanntlich hat die deutsche Reichsregierung noch einmal mit Briand verhandelt und dem deutschen Standpunkt Nachdruck gegeben, daß Deutschland eine Erledigung des ganzen Fragentkomplexes wünsche — um einen früheren französischen Ausbruch zu verhindern — die völlige Liquidierung des Krieges.

Wie inzwischen in Berlin bekannt geworden ist, hat auch diesmal Briand keine bestimmten Zusicherungen machen können, aber es hat den Anschein, daß die französische Regierung London als Konferenzort annehmen will und sich bereit erklärt, die Konferenz für den 3. August einberufen zu lassen. Dieser Termin ist bereits das Meiste, denn in Deutschland liegt man die Aufgaben, die der Konferenz obliegen, für so weittragend an, daß sich unmöglich ihre Erledigung in vier Wochen ergeben kann.

Deshalb fragt man sich auch bereits, was geschehen werde, wenn das Youngabkommen nicht rechtzeitig ratifiziert werden könnte und ist der Auffassung, daß so lange bis der Youngplan in Kraft treten kann, der Damesplan in Geltung bleibt, und in deutschen Verhandlungen, da der Youngplan bei einer Ratifizierung noch dem 1. September mit rückwirkender Kraft in Geltung gesetzt wird, später verhandelt werden würden. Jedenfalls ist man der Überzeugung, daß man mit dem Damesplan rechnen müsse, da es undenkbar sei, pünktlich den Youngplan an seine Stelle zu setzen.

Kein Einverständnis Dr. Stresemanns.

In Londoner diplomatischen Kreisen wird angeblich sehr bedauert, daß Reichsminister Dr. Stresemann sich am 18. September in London mit dem französischen Außenminister Briand über die Verhandlungen für das Rheinland einverständigen erklärt habe. Von parlamentarischer Seite wird hierzu erklärt, daß von einer Einverständnisklärung Stresemanns nicht die Rede sein könne, schon aus dem Grunde nicht, weil Stresemann an der betreffenden Wählerversammlung persönlich nicht teilgenommen habe.

Im übrigen ist damals in Genf über die Angelegenheit kein von den Verhandlungspartnern unterzeichnetes Protokoll ausgegeben worden, sondern lediglich eine Mitteilung an die Presse, aus der hervorgeht, daß eine Einigung über die Frage eines Vermittlungsausschusses erzielt worden sei. Stresemann hat sich demgegenüber erklärt, daß die Frage selbst bereits ein Abkommen herbeigeführt worden sei. Man habe sich lediglich über das Verhandlungsverfahren in dieser Frage geeinigt und die Entscheidung kommenden Verhandlungen überlassen. Der deutsche Standpunkt in der Frage einer Vermittlungskommission sei klar und einseitig nicht festgenommen habe. Der Vermittlungsausschuss ist nicht gebildet. Auch eine Vertagung der im Friedensvertrag vorgesehenen Kontrollkommission des Völkerbundes mit der Frage der von Frankreich geplanten Vermittlungskommission sei nicht angängig.

Auch England macht Schwierigkeiten

Annahme des Young-Plans nur bei Dauerregelung der Europafragen.

London, 4. Juli.

Der Grund für die Formulierung der Stelle der Thronrede über den Youngplan, in der von einer Erwägung des Planes durch die britische Regierung, nicht aber von einer endgültigen Annahme die Rede ist, ist von sehr wesentlicher Art. Die finanziellen Opfer, die die Annahme des Youngplans von Großbritannien erfordert, würden von der britischen Regierung als sehr viel schwerer angesehen, als die von anderen beteiligten Länder. Großbritannien würde vielleicht bereit sein, noch einmal die Hauptlast der finanziellen Opfer zu übernehmen, und zwar nur dann, wenn gleichzeitig ein politisches Abkommen erreicht werden könnte, das nicht nur eine dauernde Regelung der europäischen Fragen verspricht.

Ein rein politisches und künftiges Abkommen, das z. B. die Saat für eine neue Spannung im Rheinland in sich bergen würde, würde nach Ansicht der britischen Regierung so schwere Opfer nicht rechtfertigen, wie die Youngplan sie erfordert. Im Verlauf der Verhandlungen werde diese Form mitgeteilt werden, von denen eine oder zwei ohne den Youngplan sehr gut auskommen könnten.

Kein Ausgleichsamt.

London wird sich unter allen Umständen den französischen Bemühungen einer Vermittlung der beiden vollenkommen getrennten Einrichtungen der Internationalen Kommission, die gelegentlich der Zurückziehung der Rheinlandtruppen aus dem Rheinland auf Grund des Artikels 218 des Versailler Vertrages eingesetzt werden könnte und der Ernennung eines „Komitees für Freistellung und Ausgleich“, das im Versailler Vertrag nicht vorgesehen ist, entschieden widersetzen. Das letztere Komitee würde eine tatsächliche Überwindung der entmilitarisierten Rheinlandszone darstellen.

Frankreich würde die Schaffung dieses Ausgleichsamtes vorsehen, da seine Zusammensetzung nicht international, sondern alliiert-deutsch mit einem französischen Vorsitzenden sein würde, dem im Falle der Stimmengleichheit die Entscheidung zugehen würde. Auch würde dieses Komitee nicht von den Beschlüssen des Völkerbundes abhängig sein.

Der Thronrede Widerhall.

Günstige Aufnahme in England.

London, 4. Juli.

Die Thronrede und die ergänzende Rede des Ministerpräsidenten Macdonald im Unterhaus sind in den englischen Blättern eine günstige Aufnahme. Der arbeiterteilische „Daily Herald“

legt als Regierungsbild besonders Nachdruck auf die Dringlichkeit aller in der Thronrede berührten Fragen und meint, daß kaum eine Regierung so unter dem Druck der Zeit gestanden habe wie die jetzige. Was die neue Regierung immer tun werde, es werde ein Kampf gegen die Zeit sein.

Die „Morningpost“

erwartet Widerstände der Dominien bei Wiederaufnahme der Beschlüsse zu Gunsten Englands, legt aber in ihrer Kritik kein Hauptgewicht auf die innerpolitischen Fragen, sondern auf die Gewerkschaftsfrage und vielmehr in kürzerer Nähe noch auf die angelegentlichste Möglichkeit einer Aufhebung der Schutzmaßnahmen für die Industrie. In einem Leitartikel sprechen

die „Times“

von einem sehr ruhigen Beginn der Arbeiten des neuen Parlaments, während die „Daily Mail“ von einem ephemerem, aber vorläufigen Beginn der zweiten arbeiterteilischen Regierung spricht. In gleichem Sinne äußern sich auch die übrigen Morgenblätter, von denen die liberalen sich lediglich ihre Zurückhaltung aufweisen.

Enttäuschung in Paris.

Paris, 4. Juli.

Die Pariser Blätter geben die englische Thronrede ausführlich wieder. Aus ihrer Stellungnahme geht Enttäuschung besonders über die außenpolitischen Ausführungen hervor. So erklärt

das „Echo de Paris“

die Ankündigung der Thronrede über die vorzeitige Rheinlandänderung befriedigt, daß London an der Seite Berlins gegen Frankreich sein werde. Der Verzicht auf das Rheinland sei ein außerordentlich ernster Augenblick in der europäischen Geschichte, da er bedeute, daß Deutschland an den Folgen seiner Handlungsfreiheit wiedererlange.

Der „Figaro“

meint, Frankreich werde die schlimmen Folgen der Einstufung des neuen englischen Kabinetts tragen müssen. Deutschland werde jetzt alles tun, um sich der Weiberhölle des Versailler Vertrages zu entziehen.

Nachklänge zum 28. Juni.

Studentenprotest in Berlin.

Berlin, 4. Juli.

Die Allgemeine Studentenschaft hatte zu einer Versammlung am 28. Juni im Opernhaus unter den Linden aufgerufen. Schon lange vor ein Uhr hatten sich mehrere hundert Studierende in der Nähe der Universität eingefunden. Vor dem Ausgang zur Dorotheenstraße sammelte sich eine Gruppe der roten Studenten- und Schülerbewegung. Die Polizei war gleichfalls sehr stark vertreten und hielt mehrere Kolonnen mit Wasserkanonen bereit. Die als Wahlversammlung gedachte Veranstaltung wurde zu einer Protestkundgebung anlässlich der Vorgänge am zehnten Jahrestage des Versailler Diktates. Nach dem Gehörgang „zurück hinaus“ sprach der Vorsitzende der Allgemeinen deutschen Studentenschaft, Hoppe, zu den versammelten Studierenden und gab die Empörung der Versammlung über die Art Ausbruch, in der das Kultusministerium auf eigenem akademischen Boden die akademische Freiheit misshandelt habe, indem es sämtliche Kundgebungen gegen den Schmachfrieden und die Kriegsschuldfrage unterlag. Mit gleichem Erfolge habe man das Vergehen der Polizei nicht gegen Aufrechter, die Kronen gegen Studenten sein müssen, die von heiligsten vaterländischen Gefühlen befeuert waren. Es wurde eine Entschließung angenommen, die lautet:

„Die zur Wahlversammlung der allgemeinen Studentenschaft versammelten Studierenden nehmen Anstoß an das Entschieden zu betonen, daß bei dem Verhalten der staatlichen Organe anlässlich der Versailler Kundgebung mit dem allergrößten Bedauern gegenübersteht. Nicht der Geist des Militarismus hat die Studenten am 28. Juni geleitet, sondern heilige vaterländische Empfinden und ein jeder nationaler Wille. Diejenigen Gefühle befehlen die hier Versammelten: Sie geloben auf ihrem Leben und in ihrer Heimat unbedingte Ausdauer für die Erhaltung der akademischen Freiheit und der Freiheit des deutschen Volkes.“

Die kommunistischen Studenten hatten versucht, die Versammlung durch Pfeifen und Zischen zu führen. Die Schuppe griff sofort ein und verhaftete einige Personen, darunter einen roten Fahnenträger. Zu Beginn der Kundgebung gingen Schupoleute durch die Reihen und forderten die Abgabe der Stiche zur Aufbewahrung in der Universität. Der Aufforderung wurde Folge geleistet.

Die schönen Tage sind vorüber.

Frankreichs Militärfreie über die Rheinlandänderung.

Paris, 4. Juli.

Neben der Frage der Ratifizierung der Schuldenabkommen liegt augenblicklich im Mittelpunkt des Parteilebens dieses Landes die Frage der Rheinlandänderung. Weidens des Interesses wird diese Frage von der Militärvormalung und allen militärischen Kreisen entgegengebracht, und zwar weniger aus politischen Gründen als aus der Erwägung heraus, daß für die zahlreichen Offiziersfamilien, die augenblicklich im Rheinland ein bequemes Leben führen, und auch für die atlantischen Zuppenteile im besetzten Gebiete in französischen Garnisonen selbst Interaktion geschaffen werden muß.

Wie verlautet, wurde Außenminister Briand von militärischen Kreisen über die Möglichkeit und den etwaigen Zeitpunkt einer vorzeitigen Rheinlandänderung befragt. Briand weigerte sich aber, irgendeine Auskunft zu geben, da diese Frage den Gegenstand diplomatischer Verhandlungen bilden und auf der kommenden Regierungskonferenz zur Erörterung stehen. Zu Recht oder Unrecht ist weiterhin in militärischen Kreisen die Meinung verbreitet, die Räumung der beiden besetzten Zonen werde gleichzeitig im März 1930 erfolgen. Auf welche Urteilsgründe sich diese Meinung stützt, konnte allerdings nicht in Erfahrung gebracht werden.

Ein Rechtfertigungsversuch.

Polens Antwort an Danzig.

Danzig, 4. Juli.

Zu dem am 1. Juli dem diplomatischen Vertreter Polens an dem Danziger Senat überreichten Antwortschreiben, in dem die Danziger Regierung energische Verwahrung gegen die politischen Vorhaltungen wegen der Feuerfundgebungen am Tage von Versailles eingeleitet hat, wird nunmehr durch die halbamtliche polnische Telegrammagentur eine Mitteilung herausgegeben, in der hervorgehoben wird, daß der Senat in seinem Schreiben, die Frage der Gefahr und wirtschaftlichen Schäden, die derartige Manifestationen für das Zusammenleben Danzigs mit Polen bilden, völlig mit Stillschweigen übergeht. (1)

Das natürliche Recht der freien Meinungsäußerung umfasse nicht die Notwendigkeit der Teilnahme von Behördenvertretern an derartigen Kundgebungen. Der Vertreter des Senats habe aber an der Kundgebung der Technischen Hochschule teilgenommen. Die Behauptung des Senats, die polnische Regierung habe kein Sonderrecht, die Erfüllung der Bestimmungen des Versailler Vertrages durch die Freie Stadt zu überwachen, habe einer solchen Kritik nicht stand, weil die Rechte der polnischen Republik aus eben diesem Vertrag von Versailles resultierten, die die geistige Grundlage für die Danzig-polnischen Beziehungen ausmache.

Die polnische Antwort auf die scharfe Verwahrung des Danziger Senats erscheint uns recht lahm und berührt vor allem gar nicht den Kern der ganzen Angelegenheit, nämlich die Tatsache, daß Polen sich in Danzigs Angelegenheiten überhaupt nicht einzumischen hat. Der Senat hätte ganz recht, wenn er die Antwort mit Stillschweigen überging. Da Polen unbedingtermaßen sich vorbehaltlich in Danzig ammaße, konnte die Antwort von der Gemeindefürsorge nicht leicht genug gefast sein, ohne auf Einzelheiten eingehen zu müssen.

Annahme des Konkordats.

Die Verhandlungen im Landtagsausschuß.

Berlin, 4. Juli.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages gab bei der Konkordatsberatung Kultusminister Dr. Weder die Erklärung ab, daß das Staatsministerium dem demokratischen Antrag, wie er nunmehr formuliert worden ist, zustimmt.

Der Antrag lautet, unverzüglich in Verhandlungen mit der evangelischen Kirche einzutreten über Verträge auf dem Gebiete der religiösen Übung, des kirchlichen Eigentums und anderer kirchlichen Rechte, der innerkirchlichen Selbstverwaltung und der Verwaltung, der Dotation und der Besetzung der leitenden Ämter, um die paritätische Behandlung mit der katholischen Kirche sicherzustellen. Dabei soll weiter geprüft werden, ob die bisherige Vertraglage hinsichtlich der Regelung der theologischen Lehrfreiheit verträglich festgelegt werden kann.

Der Kultusminister ging dann auf die Frage des Abgeordneten Dr. v. Camps (DVP) ein und erklärte zunächst, daß nicht nur in seinem Artikel des Vertrages in seiner Weise auf die Schule Bezug genommen sei, sondern daß darüber hinaus auch keinerlei Meinungsverschiedenheiten bei den Verhandlungen vorhanden gewesen wären. Er verweise besonders auf die Stellungnahme der gelauteten katholischen Presse, die gerade die Abstufung der Schule im Vertrage bedauert habe.

Am Abend hat der Hauptausschuß dann das Konkordat mit 16 Stimmen der Regierungsparteien und der

Wirtschaftspartei gegen 13 Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Fraktion und der Kommunisten a n g e n o m m e n .

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Seinache stellt den Arbeitsmarkt dar. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 24. bis 29. Juni ist die Aufwärtsbewegung des Arbeitsmarktes in der Berichtswache nahezu zum Stillstand gekommen. Ob dies, wie manche Landesarbeitsämter annehmen, darauf zurückzuführen ist, daß die Jahresfrist der Arbeitslosigkeit nicht vor ihrem Zeitpunkt steht, oder ob es sich, wie andere Landesarbeitsämter meinen, mehr um eine vorübergehende Störung handelt, die regelmäßig in der Mitte des Jahres eintritt, muß vorläufig dahingestellt bleiben.

In einigen Bezirken war die Entlastung des Arbeitsmarktes etwas deutlicher spürbar; so in Ostpreußen, Westpreußen, Bayern oder allem durch den starken Bedarf an Arbeitskräften in Westfalen durch die glänzende Entwicklung des Ruhrkohlenbezuges. In Brandenburg und Niedersachsen liegt entgegen der allgemeinen Bewegung, die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der verfassungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung ermäßig langsam an.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der verfassungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung dürfte nach den Meldungen der Landesarbeitsämter am 1. Juli nahe an 720 000 liegen; am 1. Juli 1928 betrug die entsprechende Zahl 610 000, am 1. Juli 1927 540 000, am 1. Juli 1926 1 740 000. Dabei darf jedoch nicht unberücksichtigt bleiben, daß diese Zahlen der Hauptunterstützungsempfänger nicht die Gesamtlage des Arbeitsmarktes wiedergeben (es fehlen insbesondere die Empfänger von Arbeits- und Wohlfahrtsunterstützung).

Aus dem In- und Auslande.

Das litauische Volksbegehren.

Demold, 4. Juli. Dem Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens zur Wählung des litauischen Landtages ist die „Litauische Landeszeitung“ hier, stattgegeben worden. Die Veröffentlichung dieses Antrages mit der Festsetzung der Einreichungsfrist erfolgt unmittelbar bevor. Nach den Bestimmungen des Gesetzes über das Volksbegehren und den Volksentscheid dürfte die Frist etwa im letzten Drittel des Monats Juli liegen.

Die preussischen Gemeindefürsorge am 10. November. Die im vergangenen Herbst beschlossenen preussischen Gemeindefürsorge waren vornehmlich am 10. oder 17. November dieses Jahres in ganz Preußen stattfinden. Ein entsprechendes Gesetz wird dem Landtag zugehen, sobald die Vorlage über die Umgestaltungen im Westen vorberichtet ist.

Das Stahlhelm-Volksbegehren marxiert.

An der Kampfbühne wurde in den letzten Tagen auf Grund eines unvollständigen Berichtes über eine Rede des Deutschnationalen Abgeordneten Freyler v. Freitag-Vorhagen die Behauptung verbreitet, der Stahlhelm habe auf die Durchführung des von ihm geplanten Verfassungs-Volksbegehrens verzichtet. Die Behauptung hat der Freiberger v. Freitag-Vorhagen auf folgender Wichtigkeit der Angelegenheit:

Die Kampfbühne beschäftigt sich einsehend mit meiner am 19. d. Mts. in einer deutschnationalen Versammlung gehaltenen Rede. Sie gibt eine entstellte Inhaltsangabe und knüpft daran völlig unzutreffende Schlussfolgerungen. So schreibt z. B. ein Berliner demokratisches Organ: „Auch bisher aber, was der Freitag-Vorhagen von Herrn Seidte antwortet worden ist, öffentlich zu erklären, daß der Stahlhelm sich nicht entschließen will, zum gemeinsamen Volksentscheid auf das von ihm selber geplante Volksbegehren zu verzichten.“

Dann heißt es fort: „Ich bin weder von Herrn Seidte zur Aufgabe einer solchen Erklärung autorisiert worden, noch habe ich sie abgegeben.“ Ich habe überhaupt nicht von einer Befreiung zum Rückzug des Stahlhelm-Volksbegehrens gesprochen, sondern bei der Behauptung des geplanten deutschnationalen Volksbegehrens der Hoffnung und dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß der Stahlhelm in kluger und operativer Weise sein Volksbegehren zur Verfassungsreform zunächst gegenüber den unsrigen zurückstellen und dadurch eine breite Front über vaterländische Gesinnungen schaffen werde. Damit erliegen sich alle Bedenke, die naturgemäß für getätigte und dann ungenutzte Wiedereingabe meiner Rede in der Presse bzw. in benutzten Zeitungen in die nationale Front zu tragen.

Russische Manöver an der polnischen Grenze.

Moskau, 4. Juli. Der Kriegszug der Sowjetunion vermagt Ende Juli große Manöver an der polnisch-russischen Grenze in der Nähe von Kiew. An den Manövern beteiligen sich sämtliche in der ukrainischen Republik befindlichen Land- und Luftstreitkräfte sowie sämtliche Arbeiter- und Frauenbataillone beteiligen. Alle Militärautomas, die in Moskau akkreditiert sind, werden eingeladen. Die Manöver werden in Gegenwart des Kriegskommissars Worschilow und des Chef des Generalstabes der Roten Armee, Schandunoffin, stattfinden und sollen die Schlachttaktik der Roten Armee und Luftflotte beweisen.

Benoit-Prozess in Paris.

Anklage auf Mordversuch.

□ **Strasbourg**, 4. Juli. Vor dem Schwurgericht Seine begann der Prozess gegen den Flüßler George Benoit, der am 22. September 1928 auf den ehemaligen Generalkonsulatsanwalt von Elß-Lothringen, Benoit, einen Mordversuch verübte. Benoit wird für schuldig erklärt, daß er Benoit in seinen Verletzungen getötet.

Man wird sich noch erinnern können, zu welcher ungesetzlichen Hege gegen die elßische Heimatbewegung die ungeliebte Tat eines Politikers die gesamte französische Presse angezettelt hat.

Die Anklage lautet jetzt auf Mordversuch. Verteidigt wird Benoit, der eigenartigweise für seine Tat als voll verantwortlich erklärt worden ist, von den beiden bekannten Pariser Rechtsanwältinnen Berthoin und Jourrier, die sowohl im Kolmarer, als auch jetzt im Noos-Prozess Verteidiger der elßischen Autonomie waren.

Annahmefrist des amerikanischen Kreuzerbauprogramms. **Memor**, 4. Juli. Das Marineamt gibt bekannt, daß die Beträge über den Bau der zehntausend-Tonnen-Kreuzer abgeschlossen und die Lieferungen dementsprechend vergeben worden seien. (Durch diese authentische Meldung werden die bisher aus London vorliegenden, zum Teil unklaren Meldungen geklärt.)



Die neue Regierung in Japan.

Von links nach rechts: Baron Shidehara, der Minister des Auswärtigen; Ministerpräsident Hamaguchi und Aoki, der Minister des Innern.

Aus der Umgegend

Nebra, 6. Juli.

— **Einquartierung.** Es hat sich eine eigene Einwanderung mit dem Militär — nicht nur die jungen Mädchen waren es, die Fenster und die Türen öffneten, meist Jung und Alt war auf den Beinen. Wie oft erwiderte wohl der Mut: „Sie kommen, sie kommen!“ und lachte alles auf die Straße. Der Einzug der Abteilung erfolgte gegen 1/2 Uhr, sie kam von Heitfeld, wo sie am Tage zuvor Quartier bezogen hatte. Mit Remerfeld muhierten die ehemaligen Kavalleristen Mann und Weib, mit Neugier und Bewunderung begleitete die Jugend die Soldaten und mit Wohlwollen sahen alle übrigen dem Einmarsch der Truppe zu. Viele Quartierwirte ließen es sich nicht nehmen, von Mittag ab auf „ihren“ Soldaten zu warten. Ja, wie zur Zeit des Volkserntes ist es wohl, mit weniger Ausnahmen, auch heute noch, der Soldat ist ein gerechtfertigter Gast und wir können schon jetzt im Voraus festlegen, daß von der in Nebraska am 2. August auf dem Marktplatz ergründet wurde, daß von der in Nebraska am 2. August auf dem Marktplatz ergründet wurde, daß von der in Nebraska am 2. August auf dem Marktplatz ergründet wurde.

— **Leber sind von den Quartierwirts in der Nebraska einquartierten Abteilung zwei Mann mit dem Motorrad verunglückt.** Die Motorradfahrer sind vor dem Wohnübergang bei Niederhorn mit einem Gefährt aus Schraplan zusammengefahren. Der Zusammenstoß war so heftig, daß der Führer des Fuhrwerks vom Bod gefeuert wurde, aber noch recht glimpflich davonskam, während die beiden Soldaten erheblich verletzt wurden. — Der Fahrer erlitt eine schwere Oberarmverletzung und der Beifahrer zog sich einen Schlüsselbeinbruch und eine Kopfverletzung zu. Im Krankenhaus wurden sie dem Krankenhaus in Duernfurt zu beschickt. Das Motorrad sowohl wie das Fuhrwerk wurden zurückerhoben.

— **Jahrmarkt.** Alljährlich, wenn die Heuernte glücklicherweise ist und die Landbevölkerung sich vor der schweren Erntearbeit eine kleine Erholungspause gönnen kann, wird in Nebraska der Sommermarkt abgehalten. Aber auch dem Sommermarkt nicht die Bedeutung bekommt wie dem Jahrmarkt im September, so ist doch mit einem etwas lebhafteren Geschäftserfolg an den Markttagen zu rechnen und das können die Händler und Gewerbetreibenden wirklich vertragen. Die Marktplätze aber werden in Nebraska alles finden was das Herz wünscht und neben der Befragung von Einwohnern sich auch nach angenehm zerstreuen können. Also, auf nach Nebraska zum Markt.

— **Rino.** Die Stadtspiele haben sich für den Sommermarkt gerichtet, am Sonntag und Montag werden Vorführungen erstklassiger Filme gegeben. Sechs Filme werden und letzteren Inhalts sind bereitgestellt und werden die Besucher aus angenehme unterhalten.

— **Von der Raupfloh-Höhlen-Wiehe.** Infolge Ausfällung von Wasserarbeiten auf der Kofelber Straße innerhalb der Stadt Wiehe muß das Post- und Postamt, den 8. Juli, mittags ab einen Wehlsbesuch nach Bahhof Domborf einrichten. Es verkehrt zu den Zügen 6040, 825, 1434, 1704 und 2002.

— **Aufhebung einer Straßensperre.** Nachdem nunmehr die Wasserarbeiten auf der Straße Wadelsleben — Wadelsleben beendet sind, ist diese dem Verkehr übergeben worden. Zur Zeit wird noch an der Herstellung des Sommerweges gearbeitet, jedoch die Fahrwege der Straße nur im Schritt passieren dürfen. Lediglich der Verkehr der Wasserarbeiten auf dem Teil, der zum Straßenduerfort gehört, während der Nacharbeiten bisher noch nicht an das Projekt herangezogen ist. Hoffentlich geschieht dies recht bald, daß im nächsten Jahre der ganze Streckengang für den immer mehr zunehmenden Verkehr zur Verfügung steht.

— **Die Reinsdorf-Heidinger Straße wieder frei.** Die Müll- und Zerkarotten auf der Reinsdorfer Straße sind beendet und die Straße ist somit für jeden Verkehr wieder frei.

— **Die polizeilichen Befugnisse der Gemeindevorsteher.** Ueber die polizeilichen Befugnisse der Gemeindevorsteher herrschen in der Öffentlichkeit vielfach noch falsche Meinungen. So verhält man sich oft zu kurz in einer Gemeinde, dem Gemeindevorsteher an der Befreiung und Berechnung von Beiträgen und Steuern eines kleineren Wohnortes zu hindern, weil man annimmt, daß der Gemeindevorsteher dazu kein Recht habe. Nach § 90 der Landgemeindeordnung ist der Gemeindevorsteher Organ des Amtsvorsteher für die Polizeiverwaltung. Auch ohne daß er befonders von dem Amtsvorsteher darum ersucht wird, hat der Gemeindevorsteher das Recht und die Pflicht, da, wo die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit ein sofortiges polizeiliches Einschreiten notwendig macht, das Erforderliche anzuordnen und auszuführen zu lassen. Nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts sind diese Anordnungen als solche des Amtsvorsteher anzusehen. Ob der Gemeindevorsteher ein Einschreiten für erforderlich hält, ist seinem alleinigen pflichtgemäßen Ermessen anheimgegeben.

— **Verpflichtigkeiten für junge Landwirte.** Die außerordentlich starke Vermehrung der Milchviehkontrollvereine in den letzten Jahren liegt nicht in der Aufgabe begründet, daß durch die obligatorische Milchkontrolle, verbunden mit einer den drückenden Verhältnissen angepaßten Futterberatung, eine erhebliche Leistungssteigerung erzielt wurde. Zurzeit bestehen in der Provinz Sachsen nahezu 200 Vereine. Da weiterhin alljährlich Neugründungen hinzukommen und auch bereits bestehende Vereine durch Abgang der Kontrollbeamten zum Teil neu besetzt werden müssen, ist die Landwirtschaftskammer in Halle in der Lage, laufend Kontroll-

beamtenstellen nachzugeben. Landwirten im Alter von 19 bis 30 Jahren, die bei Anmelde einer mehrjährigen landwirtschaftlichen Praxis erbringen können und möglichst eine landwirtschaftliche Schule besucht haben, bietet sich hier Gelegenheit, ein glänzendes Unterkommen zu finden.

— **Reg.-Inf.-Regt. 27.** Der Regimentskommandeur Reg.-Inf.-Regt. Nr. 27 teilt mit, daß am Sonntag, den 7. September 1929, die 7. Bundesversammlung in Kelbra am Spitzhäuser stattfindet, zu der alle ehemaligen Regimentskameraden und die Hinterbliebenen der Gefallenen des Regiments herzlich willkommen sind. Fortreibung der Regimentsfeier am Sonntag, den 8. September auf dem Spitzhäuser. Abfahrt um 9:30 Uhr Bundesfestung, anschließend Kranzniederlegung am Ehrenmal des Regiments, gemeinsames Mittagessen und gemütliches Beisammensein in der Denkmalswirtschaft. Die Bundesleistung bietet um möglichst viele Verbreitung in Kameradenkreisen. Alles Nähere durch Kamerad W. Hebert, Artern, Magdalenenstraße, bei den Anmeldebüros bis 28. August erbeten werden.

— **Gegen Handeln und Betteln in den Zügen.** Die Wechseldienst sieht sich infolge der immer noch nicht verflumenden Beschwerden des reisenden Publikums über die Belästigungen durch Hausierer, Musikanten, Betteln usw. in den Eisenbahnzügen, Wartehallen und auf den Bahnhöfen veranlaßt, die Abwehrmaßnahmen noch zu verstärken. Wenn auch schon durch die Bahnpolizei in Uniform oder in Zivil und durch das Angelegenheitspersonal schon Überwachung ausgeübt worden ist, um die Belästigungen zu verhindern, finden Bettler und Hausierer immer noch Gelegenheit, ihr Unwesen zu treiben, wenn Bahnsamte nicht zur Stelle sein können. Die Wechseldienst bittet daher das reisende Publikum um Mithilfe. In genannten Fällen genügt es, den nächsten Beamten, Aufsichtsbekanntem mit roter Mütze, Zugführer oder Schaffner auf die betreffenden Personen aufmerksam zu machen. Die Beamten sind angewiesen, einzuschreiten und Belästigungen zu verhindern.

— **Verheiraten.** Trotz der häufigsten Warnungen durch Presse und Behörden lassen sich immer wieder junge Leute verleiten, den Berber der Fremdenlegung Gehör zu schenken. Wie jetzt hier bekannt wird, ist der 21jährige Sohn des Bademeisters Schmidt in die Fremdenlegung eingetreten. Derselbe war als Schloßer in einer Halleischen Maschinenfabrik tätig und ist als Freiwilliger mit noch mehreren anderen abenteuerlustigen jungen Leuten über Marseille in die französische Kolonialarmee eingetreten. Die Eltern haben mit ihm in brieflichem Verkehr.

— **Domborf.** Die gefährliche Straßenkreuzung am Fischerdeich Gehöft hat schon mancher Verkehrsunfall verursacht und war vor einigen Tagen wieder der Schauplatz eines Zusammenstoßes. Der Schloßer Paul Hoffmann fuhr mit einem Motorrad gegen das Auto des Tierarztes Dr. Wegner in Wiehe. Während das Motorrad und sein Führer nur geringe Verletzungen erlitten, trug das Auto größeren Schaden davon. — Am Sonntag überfuhr ein Motorradfahrer mit Sojus an der Gasse Bahnhofs- und Wadelslebenstraße die Tochter des Betriebsleiters Schmidt von hier. Das Mädchen war von ihrem Fahrrad abgestiegen und führte die neue letzte Verletzungen davon. Das Motorradfahrer machte sich schuldig aus dem Staube.

— **Artern.** Unsere Stadt rüstet emsig für die Feier des Stadtjahres 1929. Von dem dazu gewählten Ausschuss ist jetzt das Programm festgelegt worden. Die Haupttage sind der 3., 4., 5. und 10. Oktober. Ueber die vorgezeichneten einzelnen Veranstaltungen werden wir noch berichten. Festlich ist schon heute, daß es ein Heimatsfest größeren Stils wird, denn nicht nur in Artern, sondern auch in der ganzen Umgegend befindet sich Interesse entgegengebracht wird.

— **Artern.** Mittwoch Vormittag verunglückte der Gutsbesitzer Martin Engel aus Goresleben durch Sturz von seinem Motorrad auf der Straße Reinsdorf-Artern schwer. Ihm entgegen kam ein Gefährt von Artern auf der rechten Seite gefahren, welches in der Nähe des Schuttablagerplatzes auf einen linksseitigen Feldweg abbiegen wollte. Bei dieser Begegnung blieb das Motorrad an der Wadelsleben hängen und Engel wurde vom Motorrad geschleudert. Dabei zog er sich schwere Kopfverletzungen, eine Gehirnerschütterung und Arterverletzungen zu. Er wurde ins hiesige Krankenhaus eingeliefert.

— **Disibelsen.** Umweil vom Ortsausgang Sperstedt nach Disibelsen geriet Motorrad nachmittag gegen 4 Uhr das Auto eines Herrn aus Hof in Wahren ins Schleudern, wobei der Wagen über den Hüßelberg hinweg gegen einen Baum rannte. Der Kraftwagen ist erheblich beschädigt (Mit der Steuerung und Kraftübertragung) und wurde von der Autobahn des Herrn aus Bad Frankenhausen abgeholt. Menschen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

— **Währa.** Schon seit Jahren war geplant, in Währa und den angrenzenden Dörfern auf der Höhe eine Rindweidung für den nationalen Gebirgsbau, für die Erhaltung des Gebietes und der Kameradschaft der alten Frontkämpfer zu veranstalten. Diese Veranstaltung soll am Sonntag, den 21. Juli 1929, in der Weise vor sich gehen, daß morgens gegen 11 Uhr in Währa eine Gebirgsweidung mit anschließendem Barbecue stattfinden. Dann marschieren die sämtlichen Teilnehmer geschlossen mit Musik über Schafau, Notzenberg, Schwimmbad nach Hagenberg, wo nachmittags nach einem Umzug durch die Stadt ein kameradschaftliches Beisammensein mit Konzert im Kurparkgarten die Feier beschließt. Circa 5—600 Stahlhelmer aus Rab und Fern werden sich am 21. zusammenfinden. Es ist zu erwarten, daß sich auch die Bevölkerung der umliegenden Ortschaften, falls sie Interesse und Anteil an der Veranstaltung beteiligt.

— **Naumburg.** Eine nicht alltägliche Fahrt machte am Sonntag nachmittag ein Naumburger Motorradfahrer. Er hatte sich bei für ein Motorrad etwas ungewöhnlichen Weg längs der Luftlinie ausgelegt, der schon für Autofahrer ebenfalls ist. Bei Naumburg kam er dann und von dem spärlichen Wege ab und fuhr mit seiner Maschine die Weidung hinauf, direkt in die Luftlinie. Bei der schweren Fahrt wurde das Motorrad durch den steilen Anstieg, der bei der Fahrt dreier Personen gelang es endlich, die Maschine aufzufinden und sie aus Höhenflammen und Rauch heraus wieder aus der Luft zu bringen.

— **Sangerhausen.** 8. Juli. (Erlaubung des Barbecueaufwerkes und Ausleitung aller Anlagen in Sangerhausen). Das Barbecueaufwerk in Sangerhausen ist nun endlich fertiggestellt und die Grundstücke mit Gebäuften und Inhalt werden einzeln vom Justizrat in Köln zum Verkauf angeboten. Das Angebot ist ein typisches

Beispiel für die Entwörung von Fabrikanlagen in der gegenwärtigen Zeit. Das 1921 gebaute große Fabrikgebäude mit 3 Stockwerken im Werte von 100.000 Mark wird mit 36.000 Mark angeboten. Ein neues zweigeschossiges Gebäude mit 1000 Quadratmeter Hof mit nur für 30.000 Mark. Ein drittes dreigeschossiges Fabrikgebäude für 19.000 Mark. Die große Maschinenhalle soll nur 16.000 Mark kosten. Das alte Barockschloß mit Weinlesehof und Verlegeterrassen an der Wöhrn in fünf günstiger Lage soll 68.000 Mark bringen.

Brücken. [Hoch flutet das Meer vom brauen — Anker!] Am letzten Montag nachmittags spielten einige Kinder an Spalten aus und pflanzten im Wasser Samen. Der 5-jährige Otto Albin alt aus, rutschte in das Wasser und wurde von den Fluten fortgerissen. Der mittlerweile 9 Jahre alte Schüler Walter Menge ging herbei in die Helme und rettete den fortwimmenden Spielkameraden vor Ertrinken. Dem mühen keinen Reter Dank und alle Anerkennung!

Müllhaufen. Von denachbaren Kindern spielte das dreijährige Schindler einer Familie auf dem Hof, während die Mutter in nächster Nähe beschäftigt war. Als die Mutter auf einige Augenblicke ins Haus trat, benutzte das Kind die Gelegenheit, den Dreck einer auf dem Hof stehenden Negativtonne abzunehmen. Hierbei war das Kind in die Tonne gefallen, bis oben als die Mutter wieder auf den Hof kam, ragen aus der teilweise gefüllten Tonne die Füße und Unterleib des Kindes heraus. Ein sofort herbeigerufener Vater konnte nur noch den Tod des Kindes feststellen.

Schadenort. [Werbeort.] Hier wurde der Schuhmacher Meibach, als er auf dem Startfeld arbeitete, plötzlich von Stämmen befallen. Er fiel dabei mit dem Gesicht in unglücklich in eine Auerde, daß er erlitt.

Halle a. S. Der Vorstand des Sängerbundes an der Saale hielt vorigen Tage in Halle eine Sitzung ab, an der auch die Gauvorsitzenden der umliegenden Gauen teilnahmen. Die Verammlung beschäftigte sich mit der Gauversammlung, die Verammlung des früheren Bundesfachmeisters Meibach-Werlin geschlossen. Einmal der Vorstand als auch der Vertreter der Gauen lagen eine ständige und in schriftlicher Form ihrer tiefen Empörung über den Skandalisierungsfall Ausdruck. Man war sich darüber einig, daß für die öffentliche mangelhafte Klassenführung im Deutschen Sängerbund neben dem führenden Bundesfachmeister auch der Haupt- und Gesamtamtsschiff des Deutschen Sängerbundes verantwortlich zu machen sind. Die von Sängerbund an der Saale zum Sängertag in Zülchberg delegierten Vertreter wurden vom Vorstand und den Gauvertretern verpflichtet, dort der Stimmung und Empörung innerhalb des Bundes ungeschminkt Ausdruck zu geben, sich für eine reifliche Klärung der Angelegenheit einzusetzen und sich auf feinerster Kommando einzusetzen.

Gotha. 32.000 Briefkästen aufgelassen. Auf dem Güterbahnhof wurden 32.000 Briefkästen aufgelassen, die in zwei Etappen in den erforderlichen Briefkastenverteilungen aus dem Weimarer Bahnhof eingetrafen waren. Die meisten Briefkästen trafen bereits zwei Stunden später in ihren beheimateten Schlägen wieder ein.

Gera. Vergrößerung des Flughafen. In einer Vorlage an den Landtag brachte das Staatsministerium eine Vorlage ein, dem Verlauf des Staatspostens Linz an die Stadt Gera anzuschließen. Die Verbindung des Staatspostens Linz mit der Stadt Gera ist ein wichtiger Bestandteil des Staatspostens Linz. Nach den Bestimmungen des Postgesetzes über das Staatsposten besteht keine Möglichkeit, vom Käufer die Herausgabe dieser Grundstücke zu erlangen, da er den im Nachtragsvertrag vorgesehenen Bestimmungen über Herausgabe von Grund besitz nachkommen ist. Es würde also eine Entzweiung in Frage kommen. Die Stadt wird weiter auch für eine Straße zur Umleitung des ständig wachsenden Kraftwagenverkehrs um den Vorort Linz herum und zur Fortführung der elektrischen Straßenbahn über Linz hinaus in erheblicher Zeit Geld für den Staatspostens Linz beanspruchen müssen. Die Stadt hat sich deshalb entschlossen, das gesamte Staatsposten Linz und 6261 Hektar einzeln verpachtet Grundbesitz anzukaufen. Das Gut umfaßt 107.482 Hektar. Als Kaufpreis wurden 750.000 Mark vereinbart.

Ballenstedt. Trotz der Einsprüche des Darvereins und anderer Organisationen ist die anbahnende Strecke des letzten Seilbahnstrecken zwischen Mühlberg und Seiffen für den Autoverkehr freigegeben worden. Die Strecke ist von der Seite eine am Dienstag, Freitag und Sonntag jeder Woche laufende Auto-Verbindung von Gerabohlen-Ballenstedt-Querberge-Mühlberg nach der Seiffenstraße geschaffen worden. Das Seilbahnstrecken halten und Seilbahnlinie weiter geführt für den Straßenverkehr.

Bad Harzburg. Die erste Seilbahnbahn des Harzes, von dem 500 Meter n. W. gelegenen Bad Harzburg zum Burgberg mit am 16. Juli eröffnet werden. Die Harzburger Bergbahngesellschaft ist die erste neuzeitliche Seilbahnbahn in den deutschen Mittelgebirgen. Von der Bergstation aus hat man herrliche Aussicht auf Bad Harzburg, die Harzberge und das weite Vorland des Harzes.

Leipzig. Europareise einer Baroness zu Pferde. Vor wenigen Tagen hielt sich in Mühlitz bei Jinnwald (Ergebirge) eine schwedische Baroness Klönkowskaja auf, die sich auf einer Europareise zu Pferde befindet. Sie trat ihre Reise im September vorigen Jahres in Stockholm an. Ihr Weg führte sie durch verschiedene Staaten nach Deutschland, der Schweiz, Frankreich und nach Deutschland. Die Baroness führt und ruht ihr Pferd selbst. Täglich werden von ihr durchschnittlich 40 bis 45 Kilometer Weges bewältigt.

Berlin. Vier fand am Samstag Vormittag Verhaftung der Eisenfabrik von Gebr. Knorr statt. Es wurde nur ein Gebot abgeben und dieses in Höhe von sage und schreie 2500 Mark. Der Vater war die Inhaberin der 1. Hypothek, die Kreispostamt.

Halberstadt. Das gestohlene Weinbrotsgesicht und das Nachspiel. In der Nacht zum 20. Dezember d. J. wurde dem Küchschneidmeister Garth in der Schmelzstraße zu Halberstadt nach Zurückkommen der Schaufenerstraße ein Zugspiegel für 100 Mark gestohlen. Einmal erhielt die Polizei einen Brief, durch den sie auf die Spur des Täters gelenkt wurde. Jetzt hatte sich der Arbeiter Walter Jacobs aus Halberstadt wegen der Tat zu verantworten. Er gab zu, mit einem unbedienten Arbeiter in der Schaufenerstraße eingeschlichen und den Weg gefolgt zu haben. Mit ihm war seine Frau, die Ehefrau Friederike Weinbrot, wegen Hehlerei angeklagt. Der Dieb hatte den Betrag nämlich seiner Frau zu Weinbrotsgesicht, der Ehefrau M. M., dem die Sache verdächtig vorkam, hat dann die Polizei benachrichtigt. Jacobs erhielt wegen Rückfallschloßs zweifelhafte Jahre Haftstrafe und drei Jahre Gefängnis, die Frau an Stelle von 20 Tagen Gefängnis eine Geldstrafe von 100 Mark.

Grüenr. Abschied. — Der neue Regierungspräsident bestätigt. Merseburg, 4. Juli. Der an das Preussische Oberverwaltungsgericht berufene bisherige Regierungspräsident in Merseburg, Dr. Grüenrath, hat sich am Mittwoch von den Beamten der Merseburger Regierung und des Polizeipräsidiums in Halle verabschiedet. — Die Bekämpfung des Herrn von Hornack zum Regierungspräsidenten von Merseburg ist nunmehr erfolgt. Herr von Hornack, der bisher bei der Regierung in Hannover tätig war, ist erst 36 Jahre alt und war längere Zeit als Regierungsrat im preussischen Kultusministerium beschäftigt. Er ist ein Sohn des bekannten Theologen Geheimrat Prof. Dr. von Hornack-Berlin und gebürtig der S.P.D. an.

Weimar gegen Weimar. Eine Scherzkränze, aber keine Reichspräsidentenkränze. — Weimar, 4. Juli.

Das Stadtparlament der thüringischen Landeshauptstadt hatte sich in diesen Tagen mit einigen Anträgen zu befassen, die einen politischen Vergleichsmaßstab haben. Von nationalsozialistischer Seite war beantragt worden, zur Erinnerung des letzten Reichspräsidenten, die Stimmengruppe der Weimarer Bürgerlichen brachte diesen Antrag zur Annahme, die Linde wandte sich geschloßlich dagegen.

Von sozialistischer und demokratischer Seite wurde ein Antrag gestellt worden, nämlich des letzten Reichspräsidenten des Vortretens der Weimarer Verfassung die Büsten der beiden ersten Reichspräsidenten im Rathaus und in den Schulen aufzustellen. Beschäftigt war von den Antragstellern dadurch eine indirekte Ehrung des Verfassungswerkes. Dagegen wandte sich die bürgerliche Bewegung, deren Vertreter feststellte, daß eine solche Ehrung nicht am Platze sei, solange noch unter der Weimarer Verfassung in Deutschland äußere und innere Not herrsche. Für Ablehnung des Antrages ergab sich dann die erforderliche bürgerlich-nationalistische Mehrheit.

50 Jahre Reichsdruckerei. Gedeknter in Herrenhaus. — Berlin, 4. Juli.

Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Reichsdruckerei und im ehemaligen Herrenhaus zu Berlin fand eine Gedenkstunde statt, an der die Reichsdruckerei durch einen geschichtlichen Vortrag mit der Reichsdruckerei verbunden war. Der Reichspräsident hat der Reichsdruckerei eine Kundgebung zugehen lassen, worin er ihr seinen Glückwunsch und seine Anerkennung für ihre hervorragenden Leistungen ausdrückte.

Reichsminister Dr. Schäfer, dem die Reichsdruckerei unterstellt ist, ließ sich diesem Anlaß gleichfalls namens der Reichsregierung an. Er stellte mit besonderer Anerkennung fest, daß es der Reichsdruckerei in der verflochtenen Zeit gelungen ist, ihrer wichtigsten Aufgabe gerecht zu werden. Besonders erkannte er die Leistungen des Personals an, das sich auch in den schwersten Zeiten in allen diesen Gruppen der Reichsdruckerei bewährt hat. Die deutsche Volkswirtschaft hat. Allen Angehörigen der Reichsdruckerei, vom obersten Leiter bis zum letzten Werkmann, sprach er für ihre Leistungen, namentlich für das geistliche Zusammenarbeiten, seinen Dank aus. Zum Schluß gab der Reichsminister der durch die Erfahrungen dieses Jahres Lehren abzulesen zu befehlen. Er wünschte, daß die Reichsdruckerei auch ferner auf dem ihr zugewiesenen wichtigen, verantwortungsvollen Gebiet eine Musteranstalt und eine verlässliche Stütze des Reichs bleiben möge. Der Direktor der Reichsdruckerei Helmberger dankte für die der Reichsdruckerei und ihren Beschäftigten zugehenden Ehrungen und gab ihnen einen aufrichtigen Lebensrückblick über die Geschichte und Entwicklung der Reichsdruckerei. Die Feier wurde von musikalischen Darbietungen würdig umrahmt.

Hunderttausende Mark veruntreut. Der Geschäftsführer des G.E.M. aus Argentinien entflohen. — Berlin, 4. Juli.

Angeheures Raubverbrechen ereignete sich aufgedeckte Veruntreuung beim Geschäftsführer der Angehörigen. Der Band ist durch die Anzeige eines seiner führenden Beamten um Hunderttausende geschloßlich worden. Der geschloßlich-führende Direktor der Buchdruckerei Wolf und des Seifen- und Seifenfabrikanten, dem Generalgeschäftsbund gehören, Dr. Marius Matthies, ist nach Untersuchung von mehreren Hunderttausenden Mark geschloßlich. Wie es heißt, hat er sich nach Argentinien gewandt.

Von der Leitung des geschloßlichen Verbandes wird zu diesem Fall mitgeteilt: Dr. Matthies hat am 1. März 1923 in eine Reise nach Argentinien unternommen. In den letzten Tagen der Reise in seine Heimat sollte und an die er seinen Urlaub anzuschließen gedachte. Von dieser Reise ist Dr. Matthies nicht zurückgekehrt. Er hat für geschloßliche Zwecke einige Tage vor der Reise 150.000 Mark flüssig gemacht und das Geld mitgenommen. Als er von jenem Urlaub nicht zurückgekehrt wurde, der Verband regte, daß Dr. Matthies das von ihm erhobene Geld unterzulegen habe und damit geschloßlich sei. Man vermutet, daß der flüchtige auch durch verschlepte Spekulationen dem Bund weitere erhebliche finanzielle Verluste verurteilt hat.

Betriebskosten und gesetzliche Miete. Inkrafttreten der neuen Bestimmungen am 1. August. — Berlin, 4. Juli.

Die gesetzliche Miete beträgt in Preußen wie in den anderen deutschen Ländern seit dem 1. Oktober 1922 — 120 a. S. der reinen Friedensmiete. Nach diesem Zeitpunkt ist in zahlreichen Gemeinden eine Erhöhung der Ausgaben für Entwässerung (Kanalisation), Straßeneinrichtung, Gärten, Müll- und Schlackenabfuhr eingetretet. Für diese Erhöhung der Betriebskosten findet der Vermieter in der nach dem Stande der Betriebskosten vom 1. Oktober 1922 einseitig für ganz Preußen festgesetzten gesetzlichen Miete bisher keine Deckung.

Hier wird durch eine demnachst in der Preussischen Gesetzsammlung erscheinende Verordnung des Preussischen Staatsministeriums Abhilfe geschaffen. Danach haben die Gemeindebehörden einen Hundertrag der reinen Friedensmiete zu bestimmen, um den sich die gesetzliche Miete dort erhöht, wo eine Erhöhung der einmündigen bezeichneten Betriebskosten nach dem 1. Oktober 1922 stattgefunden hat. Damit wird dem Vermieter ein Anreiz für die ihm erteilte Miete in der Höhe der Betriebskosten gegeben. Die neue Verordnung des Staatsministeriums tritt am 1. August d. J. in Kraft.

Kunst und Wissenschaft. Tuberkulose wird durch besondere Diät gestiftet. In der Sitzung der Thüringischen Medizinischen Gesellschaft sprach der Leiter der Chirurgischen Klinik der Charité, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Sauerbruch und sein Assistent Dr. Hermannsberger, über den Einfluß besonderer Ernährungsweise auf schwere tuberkulöse Erkrankung. Es handelt sich dabei um die in der Sauerbruch'schen Klinik eingeführte Ernährungsbehandlung der Tuberkulose, die schon in München seit sechs Jahren ausgeprobt worden ist und jetzt in einer besonderen Abklärung der thüringischen Klinik der Charité fortgesetzt wird. Durch Zufall erfuhr Sauerbruch, daß in Bielefeld ein praktischer Arzt Dr. Geison durch eine besondere Diät schwere Tuberkulose zu heilen vermag. Die Nachprüfung hat in der Tat auch die Befähigung dafür erbracht.

Börse und Handel. Berliner amtliche Notierungen vom 4. Juli 1923.

Produkten. Zu Börsenbeginn leichten im handelsrechtlichen Lieferungsgebiet amfangreichere Reaktionen ein, die das Spekulationen für beide Vertragsteile in den späteren Sesseln bis um 5,5 Mt. drückten. Juli-Weizen und Roggen waren bei Preisrückgängen von 3 bzw. 1 Mt. verhältnismäßig besser gehalten. Vom Indusgebiet wurde Braunkohle und ebenfalls diese Tagen angeboten. Auch in Braunkohle neuer Ernte konnten Mehr Angebot heraus. Das Weizengebiet hält weiter in engen Grenzen, für Roggenmarkt befanden die Wäulen bei unzureichenden Angeboten. Braunkohle lieferten zum Teil an den hohen Preisen. Gerste in unändernder Marktlage.

Eier. Die Preise vertieften sich in Reichsplanung die Stück ab Roggen oder Lager Berlin nach Berlin. Unzureichende Lieferungen Eier. Zerkleinerte, gefüllte, Sonderklasse für 65 Gramm 14, Klasse 4 60 Gramm 13, Klasse 3 53 Gramm 11,5, Klasse 2 8 Gramm 10, frische Eier. Sonderklasse für 65 Gramm 13, Klasse 4 60 Gramm 12, Klasse 3 53 Gramm 10,5, Klasse 2 8 Gramm 9,5, austretierte kleine und Schmalzer 9. Für ausländische Eier: Dänen, 18er 14, 17er 13,25, 15,5 bis 16er 11,5.

Metalle. Elektrolieferer (wire bars) 100 Kilogramm in Berlin (Notierung der Reichsbank für die deutsche Elektrolieferer) 170,75 (Börse) 170,75.

Spiel und Sport. Fußball. Auf dem Eintracht-Sportplatz in Möbelen stießen sich um 8 Uhr gegenüber: Rebra Jun. — Möbelen Jun. Dieses Spiel ist als völlig offen zu betrachten.

Wer wird die Vorkämpferin um die deutsche Fußballmeisterschaft übersehen? Wenig Siegeschancen werden wohl dem 1. Fußballklub Mühlberg gegen Hertha B.G.S. eingeräumt werden müssen, da er ohne Uebler und Schritt antreten muß. — In Spiel Sp. fürth gegen Weikart 05 werden wir wohl fürth als Sieger gehen.

Wodeneck-Wetterbericht der Th. S. Bearbeitet von der Landeswetterwarte Weimar.

Die beiden Tiefdruckgebiete über den britischen Inseln und Südbahnen entwickeln wohl geschloßliche Zugstellungen. Die Südseite lautet ziemlich stark auf südbahnen Zellen nachwärts. Das südliche Tief führt auf seiner Westseite flüßig Nordwest nach Ost und Niederschlägen. Das Spiel der beiden verdrängten temperierten Luftmassen wird vornehmlich über Norddeutschland, der Gegen darüber Temperaturentgegensätze zwischen Land und Wasser, angetrieben. Diese Gegensätze führen immer noch leicht zur Ausbildung kleiner Störungen, die dem unbedingten Witterungscharakter ausrechenbar sind. Das britische Tiefdruckgebiet als das stärkere zeigt starke Entwicklungstendenz und wird mit seinen Randwirbeln auch noch in den nächsten Tagen eine wichtige Wetterlage schaffen, obwohl hoher Druck von Spanien sich energisch nordwärts ausbreiten will.

Vorlesung: Start wechsellige Bevölkerung mit vorübergehenden Niederschlägen und Gewitterentwicklung. Das gleiche beiter.

Der Hundstun der Naturerker — d. h. der Nachmittagsstunden der Eisenbahn, der Eisenbahnverkehrs, der Bewegung um, ist kein Naturerkerprodukt, sondern eine empfindliche Angelegenheit, über die Dr. Hans Neumann, Damburg, im neuesten Heft der Zeitschrift „Hundstun“, die „Wing“ fest und anschaulich plant. Die weitere Kritik in der gleichen Nummer beschäftigen sich mit dem charakteristischen Beispiel G. B. Bartsch, „Sinter“, mit der Darstellung aus „Mar Negers Bitter“, mit dem Beispiel zur fommigen Der Karl „Königs“, „Der gefangene Vogel“, mit dem geschloßlichen Beispiel „Hans Schiller“, mit dem physiologischen Beispiel Albert Galtees „Erdbeeren“, mit der Beschreibung der Operette Ernst Eimllitz's „Die Königin vom Waldemar“, mit dem Konzept der „Gemeiner Liebeskomponen“ und noch einer ganzen Reihe weiterer Darstellungen dieser Art. Das reich illustrierte Heft kostet nur 0,25 und ist durch jeden Buch- und Zeitschriftenhändler, das Drispotamt, bzw. den „Wing“-Verlag, Leipzig C. 1, Postplatz 6, zu beziehen.

Kirchliche Nachrichten 6. Sonntag nach Trinitatis, den 7. Juli 1923.

10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst. 11 Uhr: Abendgottesdienst für die ältere Abteilung in der Kirche. 11 Uhr: Abendgottesdienst für die jüngere Abteilung, im Gemeindefaal, Mittwoch, abends 8 Uhr: Abendgottesdienst (8. Gebot). Freitag, abends 8 Uhr: Sonntagsevangelium. Gebraut wurden am 30. G. Kurt Werner Pfeifer und Anna Maria Brigitte Geinze.



D'jama's Hochzeitsfeier.

Von W. S. W. Tempelhey.

Ueber ihr feines, elfenbeines Körperchen zog sie einen Hochzeitskimon. Auf der Brusttafelle stand seine Seite in tiefes Gelächert. Sie starrte, welche vor einem Strauß braunerer Kamilien brannten, stießen, als hielten sie gemeinsame Zwielpfunde mit dem lebenden Kimon. Er würde jetzt alles wieder allein erleben, während sie zur Totenfeier ihrer Seele, welche nach Jahresfrist zur Erde zurückgeführt war, vergehen mußten. Nicht einmal die winzig kleinen Hände mühten sie ihren Tod zu verfluchen, nachdem D'jama die Totengebete gesprochen hatte.

Die tönernen Opfergötzen, darunter freier Reis lag, der kleine kupferne Teesessel, darin das Wasser lag, die Blüten, welche leidenschaftlich glühten, sie alle würden die Rückkehr D'jama's, ihrer Herrin erleben, nur die Blüde müßten bereuen, und sie meinten teilte, gelbe Tränen, die langsam an ihrem Schopf herabglitten und die erschrocken erkarrten, als sie auf das hüble Silber der Leuchter fielen.

Und als sie sahen, wie D'jama in ihr blaueschwarzes Haar die schönsten der Blüten steckte, und ohne einen Blick nach ihnen zu werfen durch den Türpfahl schlüpfte, durch welchen ein hilfloser Abendwind frisch, da fladerte sie über auf, und ihre feurigen Zungen griffen nach einem Kankamono an der Wand, köstlich in der Chromat seiner Farben.

Aber D'jama admet dessen nicht. Sie hatte sich zur Hochzeitsfeier geschmückt und mit süßer Anmut hob sie die Schleppe ihres Gewandes. Sie trippelte über den Kies und die Steinchen humpelten gegen ihre Getas, je eiliger sie schritt. Hoch im Scheitel der Nacht schimmerte der Mond. Die Luft war schwer von heraufstehenden Dämpfen. Die Ziegertüren waren erfüllt davon. Der See war ernst und still. Nur am Ufer schliefen ganz leise ein paar kleine Wellen. Der Lotos rüschelnde Blüten wulden mit offenen Kelchen darauf, und ihre latten Stängelbüsche bebten vom leichten Ader, den sie trugen.

Von feierlichem Schweigen war die Nacht erfüllt. Wie reißt sich D'jama dahin. Endlich blieb sie stehen. Anknipfung lauchte sie. Kam er? War das nicht sein Licht? Sie reckte die Hände auf die atomlose Luft. Dann oder hörte sie, daß es der Pulsschlag ihres Blutes war, der heftig gegen ihre Ader pochte. Ein glühendes Fieber beschwangte es, und sie brauchte ihr in den Adren, als bräutet Wochen.

Und wie sie so stand, schon im Banne eines fernen Geschehens, lösten sich die Linien ihres Körpers. Ihr Gesicht wurde geisterhaft. Alles Reflexe verflüchtete an ihr. Unter dem magischen Mondlicht wurde ihr Körper transparent. Es verweilte sie in ein Instrument, auf dem es seine Strahlen verfangen ließ. Sie hätte sich selbst — sich selbst — und doch einen anderen. Ein schauriges Knie war es, dem sie lauschte.

te verärbte sich bis zu den Rippen, daß sie abstrahlte wär. Sie hatte seine Stimme gehört. Er rief sie. Sie folgte ihm. In den Teegärten erhob sich ein Wind. Die Wälder murmelten, als er sie aneinanderdrückte. Wie eine Totenmaske stritten die nackten Wände eines kleinen Pavillons daraus hervor, der im Gebüsch verborgen stand. D'jama existierte als sie es sah. Einfließte dort einer ihres gemartet. Heute vor seine Seele zu ihr herabgenommen. Sein Blut hatte sie verlegt, sein Bild sie mit Wärme und Schauern durchglüht. In roten Riffen hatte er mit der Wut seiner Lippen die Hren vererbt, hatte ihre Seele daraus getrunken.

In halber Ohnmacht schloß sie die Augen. Deutlich sah sie das Antlitz seiner Zähne wenn er sie an sich riß, wie die Blut seiner Haut, die ihr wehnt, und den sichenden Funten, den er anstieß, wenn sie unter der Blut seiner Liebe zerging.

Aber nur der Kimon, den sie, von einem eifigen Schauer durchlaufen, fest um ihren fiebernden Körper zog, hatte zerflöhrt. Er allein kannte alle ihre Qual, die sie hinter einem Schirm verließte. Nur er allein konnte, wie der zarte Frauenkörper, den er umhüllte, vor füllern Knecht und jeder Schindrit langsam verflüchtete.

Und die Steinchen am Boden, sie hielten einen Schmerzkonstant um sie auf, als sie ihre Tränen auf sich niederfallen ließen. Dem Teichrohr am Wasser, das ihrer Liebesfeier einfließt, lag die ihr der Scheitel zusammen, und seine Rippen hingent tief gebogen, als traneneten sie mit ihr um den verlorenen Dichten.

Seit jener Nacht war er nicht wiedergekehrt. Der See allein wachte es. Ein anderer hatte im Gebüsch den Weiden aufgelauert. Als D'jama gegangen war, stürzte er vor. Ein wüster, wilder Kampf — ein Duld zug einen rasenden Kreis — ein gelber Schrei. — Dann geragelte der See. D'jama wachte nichts davon. Ein langes wehes Jahr hatte sie der Rückkehr des Dichten geharrt. Nun hatte sie den Auf seiner Seele vernommen. Sie folgte ihm. Im Weido wurden sie sich ganz beifien.

Die Lüste das Teil des Rahnes vom Bambusstahl. Sie häffig ihn und trieb ihr der Stelle zu, wo der See seine engen Ufer verließ, zum offenen Meer sich weierte. Da sah sie aus der Ferne einen Feuerkeiler. Ihr kleines Haus, das sie mit dem ungeliebten Manne teilte, stand in Flammen. D'jama lächelte überbild. Der Stiebt war zurückgeführt, und seine Seele, die sie seit jener Nacht in sich trug, rief sie zu sich im bräutlichen Verlangen.

Ganz langsam trauzte sie die Arme über der Brust. Dann legte sie sich auf dem Boden des Rahnes nieder. Und während das schwarze Fahrzeug langsam dahinglitt, und die Wasser hinter seiner Furt sich schlingend schlossen, schlief D'jama ein. Eine große Müdigkeit war über sie gekommen. Die Däfte der Teegärten, die schimmernden Lotos, die fieberwunde, die aus den stillen Mauern des kleinen Pavillons zu ihr herüberwehten, sie durchglühten mit ihrer lühen Erin-

terung D'jama's Träume und führten sie an die Pforten höchter Glückseligkeit.

Und während das feuerlose Fahrzeug durch die ruhende Nacht hindurch in die weite Lüthendigkeit glitt, vor wo es nie wieder zurückkehren sollte, verflüchtete ohne Kampf der Körper dieses blumenhosen Weidens, und seine Seele floh hinaus durch die silberne Nacht, wo die Seele des Geliebten sie erwartete.

Dunkle Hintergründe im Drowprozeß.

Berwürfe gegen deutsche Behörden.

In der Donnerstags-Verhandlung des Drow-Prozesses erklärte Rechtsanwalt Dr. Walter Saffé, daß er im Verlauf der Verhandlung nicht habe behaupten wollen, der amerikanische Journalist Knickerbocker sei Agent provocateur der G. B. U. oder sei Agent der G. B. U. gewesen. Rechtsanwalt Dr. Serbert Juchs erklärte dann für den Angeklagten Ramonowitsch, daß er den Vorwurf, Ramonowitsch sei wegen Diebstahls auf der G. B. U. entlassen worden, zurückweisen wolle. Rechtsanwalt Dr. Juchs teilte mit, daß er an den Jengen Strafshuß die Frage zu stellen gedente, ob bei der Vernehmung Drow's und Ramonowitsch auf dem Schreibstisch des vernehmen Kommissars ein mit Schreibmaschine in deutscher Sprache geschriebenes Geheiß der Gewerkschaft gelegen habe, das die Namen aller der Personen bezeichne, die in der Strafshuß Drow und Ramonowitsch verhaftet werden sollten.

Der Angeklagte Drow gab zu, daß er sich dem Agent der G. B. U. war und mit Ramonowitsch in Verbindung stand, einem anderen Material gegeben habe. Es wurden dann einige der Briefe vorgelesen.

Diesem Verleider, Rechtsanwalt Dr. Saffé, stellte den Antrag, das Verfahren so lange auszusetzen, bis seine Behörde über die Vernehmung der generellen Auslegungsbemerkung der Polizeikommissare Strafshuß und Heller erledigt sei. Der Verteidiger macht längere rechtliche Ausführungen, in denen er hervorhebt, daß die generelle Auslegungsbemerkung nur dann verlag werden dürfe, wenn die Abklärung dem Rache des Reiches oder eines deutschen Landes dienen würde. Hier seien staatliche Interessen nicht berührt, und es werde jetzt bereits der Vorwurf erhoben, daß in diesem Prozeß Vorgänge bei den deutschen Behörden nicht ermittelt werden sollten. Er werde sofort Beschwerde beim preussischen Minister des Innern einreichen.

Spare mündelreicher Stadt-Sparkasse Nebra a. S. bei der

— Statt Karten —

Für die vielen Aufmerksamkeiten anlässlich unserer Silberhochzeit und des Geburts-Jubiläums sagen wir auf diefen Wege unsern herzlichsten Dank.

Max Koch und Frau
Gasthof Wippach, im Juli 1929.

Bekanntmachung.

Am 19. und 20. Juli d. Js. soll im Gebiete der Lustrat von Weiteben bis Nebra auf Grund der Schornordnung vom 11. Januar 1898 (§ 5)

die Schan der Gasetisationsanlagen abgefahren werden und zwar:

am Sonnabend, den 20. Juli d. Js. in Nebra ca. 5 Uhr an der Lustratbrücke.
Nebra, den 8. Juli 1929. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Strafe Wendelslein-Memleben wird mit Wirkung ab heute für sämtlichen Bereich wieder freigegeben. Mit Rücksicht auf die noch im Gange befindlichen feierlichen Regulierungsarbeiten ist die Strafe im Schritt zu befahren.

Querfurt, den 1. Juli 1929. Der Landrat.

Obstverkauf.

Die diesjährige Hartobstnutzung der Rittergüter Vitzburg, Reinsdorf, Weizenrichtmab, Oberschmum und Kleinrichtmab, des Gräflichen Gutes Spielberg und der Grabenmühle bei Vitzburg soll am Montag, den 8. Juli cr., 9 1/2 Uhr im Gasthose zu Vitzburg öffentlich meistbietend gegen gleich bare Zahlung verkauft werden.

Oberförsterei Ziegelroda

versteigert: Wittwood, den 10. Juni, von 8 Uhr ab im Damm-Försterei-Gasthaus in Ziegelroda: Stuhlpohle, Rotbuche: Ditr. 124 = 22 Stk. mit 4 fm N2, 31 fm N2. Weichholz: Ditr. 147 = 13 Stk. mit 4 fm N1, 2 Ditr. 144, 144 = 140 = 26 Stk. mit 2 fm N1, 4 fm N2. Richte: Ditr. 144, 144 = 315 Stk. mit 18 fm N1a, 34 fm 1b, 44 fm 2b, 16 fm 2b, 7 fm 2a, 38 Stk. Stangen I., 29 II., 13 III. Klasse. Brennholz: Ditr. 9, 13, 41, 42, 50, 57, 67, 142, 148 = Eiche: 174 m Scheit und Knüppel, Buche: 158 m Scheit, 380 m Knüppel. Kaufpreise bis 50 Rbr., find im Termin bar zu zahlen. Brennholzverkauf nicht vor 8.30 Uhr.

Rheinisch-westfälisches

Vollkornbrot

— hoher Nährwert —

empfehlen laufend

Hermann Heintze, Bäckermeister, Nebra.

Miele

Nr. 45

die neue elektrische Waschmaschine

deren günstiger Preis es gestattet, in jedem Haushalt elektrisch zu waschen.

Stromverbrauch am Waschtage 20-30 Pfg.

In den einschlägigen Geschäften zu haben. Auf Wunsch Ratenzahlung.

Mielewerke A.G.

Größte Waschmaschinen-Fabrik Deutschlands Gütersloh/Westfalen

Über 2000. Beamte und Arbeiter.

WOLKO

8.75 10.75

12.75 14.75

Warum fragen Sie nicht auch WOLKO-STIEFEL?

Alleinverkauf!

Hermann Sachse Schuhmachermeister

Vm Sonntag, sowie Montag zum Jahrmart empfehle:

engl. Fellbücklinge Dwe. Meitz.

Warnung!

In sämtlichen Gärten des Mittelgutes Nebra gegen Gelbstaube.

Reintamt Nebra.

Stadt-Lichtspiele Preuss. Hof

Sonntag und Montag, den 7. und 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

Gefesselte Herzen

— Witt-Welt —

Die sich verkaufsten Snooky auf der Stellungsjuch

Die ihr Glück verachten

— mit Henry Forten —

Miß Marys Weltreise

Die Expres-Heirat.

Es ladet freumblickt ein Borgwardt.

NB.: Da die Feuerwerk ihre Badstufen um 200%, erhöht hat, bin ich nicht mehr in der Lage, die bis jetzt geführten Eintrittspreise aufrechtzuerhalten, sondern gemessen die selben um je 5 Pfg. zu erhöhen. P. S.

Schütze Deine Familie

durch Beitritt z. Deutschen Herold

Der deutsche Begräbnis- u. Lebensversicherungsverein A.-G.

Deutscher Herold

— unter Reichsaufsicht — bietet gegen niedrige Prämien Bestattung oder Bargeld

Keine Wartezeit. — Keine ärztliche Untersuchung. — Unbedingter Rechtsanspruch — Bei Unfalltod doppelte Summe. — — Kinder sind prämienfrei mitversichert!

Wir bieten ferner:

Kinder-, Lehrzeit-, Studiengeld-, Aussteuer-, Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung z. günst. Beding. u. nied. Präm. Die Leist. d. Deutsch. Herold: Für Sterbefälle wurden im Jahre 1928 ausbezahlt: 5.000.000 R.M. 1. Million 300.000 Versicherte!

Bereitwillig Auskunft und Aufnahme durch Bezirksdirektion Halle a/S., Magdeburger Str. 64

Geschäftsstelle für Nebra: Tischlermeister Karl Bastian.

Bringe wie alljährlich zum Markt am 8. u. 9. Juli nach Nebra einen grossen Posten

Emaill-Waren

welche zu den bekannt billigsten Preisen verkauft werden.

Fa. Wwe. Meta Winter, Thale/S.

— Stand wie bekannt. —

Ohne Reklame kein Geschäft!

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 Mt.

Schriftleitung: Will. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Blattmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Werktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtpostkassa Nebra — Bankverein Atern.

Nr 79

Sonnabend, den 6. Juli 1929

42. Jahrgang

Vorläufig noch Dawesplan?

Man rechnet mit Eventualitäten.

Berlin, 4. Juli.
Seither es in der Politik nicht, und mehr wendet sich das politische Interesse der politischen Reparationskonferenz zu. Bekanntlich hat der deutsche Vorkonferenzen noch einmal mit Brian verhandelt und dem deutschen Standpunkt Nachdruck gegeben, daß Deutschland eine Erledigung des ganzen Fragekomplexes wünsche — um einen früheren finanziellen Ausbruch zu verhindern — die völlige Liquidierung des Krieges.

Wie inzwischen in Berlin bekannt geworden ist, hat auch diesmal Briand keine bestimmten Zusicherungen machen können, aber es hat den Anschein, daß die französische Regierung London als Konferenzort annehmen will und sich bereit erklärt, die Konferenz für den 3. August einberufen zu lassen. Dieser Termin ist bereits das Wenigste, das in Deutschland nicht nur die Aufgaben, die der Konferenz obliegen, für so weittragend an, daß sich unmöglich ihre Erledigung in vier Wochen ergeben kann.

Deshalb fragt man sich auch bereits, was geschehen werde, wenn das Youngabkommen nicht rechtzeitig ratifiziert werden könnte und ist der Auffassung, daß so lange bis der Youngplan in Kraft treten kann, der Dawesplan in Geltung bleibt, und die deutschen Wehrzahlungen, da der Youngplan bei einer Ratifizierung nach dem 1. September mit rückwirkender Kraft in Geltung gesetzt wird, später verrechnet werden würden. Jedenfalls ist man der Überzeugung, daß man mit dem Dawesplan rechnen müsse, da es undenkbar sei, pünktlich den Youngplan an seine Stelle zu setzen.

Kein Einverständnis Dr. Stresemanns.

In Londoner diplomatischen Kreisen wird allgemein lebhaft bedauert, daß Reichsaußenminister Stresemann sich am 16. September 2. mit dem von Paris vorgeschlagenen Verhandlungsprogramm für das Abkommen einverstanden erklärt habe. Von ausländischer Seite wird hierzu erklärt, daß von einer Einverständniserklärung Stresemanns nicht die Rede sein könne, schon aus dem Grunde nicht, weil Stresemann an der betreffenden Völkerversammlung persönlich nicht teilgenommen habe.

Am liebsten sei damals in Genf über die Angelegenheit kein von den Verhandlungspartnern unterzeichnetes Protokoll ausgegeben worden, sondern lediglich eine Mitteilung an die Presse, aus der hervorgehe, daß eine Einigung über die Frage eines Verhandlungsauswahles erzielt worden sei. Stresemann ist noch keineswegs bereit, daß über die Frage selbst bereits ein Abkommen herbeigeführt worden sei. Man habe sich lediglich über das Verhandlungsverfahren in dieser Frage geeinigt und die Verhandlungen kommenden Verhandlungen überlassen. Der deutsche Standpunkt in der Frage einer Verhandlungskommission sei klar und eindeutig und habe sich seit der oben genannten Völkerversammlung nicht geändert. Auch eine Berufung der im Friedensvertrag vorgesehenen Kontrollkommission des Völkerbundes mit der Frage der von Frankreich geplanten Verhandlungskommission sei nicht angängig.

Auch England macht Schwierigkeiten

Annahme des Young-Plans nur bei Dauerregelung der Europafragen.

London, 4. Juli.

Der Grund für die Formulierung der Stelle der Thronrede über den Youngplan, in der von einer Erwägung des Abkommens durch die britische Regierung, nicht aber von einer endgültigen Annahme die Rede ist, ist von sehr wesentlicher Art. Die finanziellen Opfer, die die Annahme des Youngplans von Großbritannien erfordere, würden von der britischen Regierung als sehr viel schwerer angesehen, als die von anderen beteiligten Länder. Großbritannien würde vielmehr bereit sein, noch einmal die Hauptlast der finanziellen Opfer zu übernehmen, und zwar nur dann, wenn gleichzeitig ein politisches Abkommen erzielt werden könnte, das wirklich eine lang dauernde Regelung der europäischen Fragen verspreche.

Ein rein zeitliches und künstliches Abkommen, das 2. bis die Saat für eine neue Spannung im Rheinland in sich bergen würde, würde nach Ansicht der britischen Regierung so schwere Opfer nicht rechtfertigen, wie der Youngplan es erfordert. Im Verlauf der Verhandlungen werde diese Form mitgeteilt werden, von denen eine aber ohne den Youngplan sehr gut auskommen könnten.

Kein Ausgleichsamt.

London wird sich unter allen Umständen den französischen Bemühungen einer Vermittlung der beiden vollenkommen getrennten Einrichtungen der Internationalen Kommission, die gelegentlich der Zurückführung der Rheinlandtruppen aus dem Rheinland auf Grund des Artikels 218 des Versailler Vertrages eingesetzt werden könnte und der Ernennung eines „Komitees für Freigabe und Ausgleich“, das im Versailler Vertrag nicht vorgesehen ist, entschieden widersetzen. Das letztere Komitee würde eine tatsächliche Überwachung der entmilitarisierten Rheinlandszone darstellen.

Frankreich würde die Schaffung dieses Ausgleichsamtes vorgehen, da seine Zusammensetzung nicht international, sondern alliiert-deutsch mit einem französischen Vor-



Enttäuschung in Paris.

Paris, 4. Juli.

Die Pariser Blätter geben die englische Thronrede ausführlich wieder. Aus ihrer Stellungnahme geht Enttäuschung besonders über die außenpolitischen Ausführungen her vor. So erklärt

das „Echo de Paris“.

die Antündigung der Thronrede über die vorzeitige Rheinandrängung bestimme, daß London an der Seite Berlins gegen Frankreich sein werde. Der Verzicht auf das Rheinland sei ein außerordentlich erster Augenblick in der europäischen Geschichte, da er bedeute, daß Deutschland an den Dingen seine Handlungsfreiheit wiedererlange.

Der „Figaro“

meint, Frankreich werde die schlimmen Folgen der Einstufung des neuen englischen Kabinetts tragen müssen. Deutschland werde jetzt alles tun, um sich der Ueberbiefel des Versailler Vertrages zu entziehen.

Nachhänge zum 28. Juni.

Studentenprotest in Berlin.

Berlin, 4. Juli.

Die Allgemeine Studentenschaft faßte zu einer Wahlversammlung auf dem Platz am Opernhaus Unter den Linden auf. Schon lange vor ein Uhr hatten sich mehrere hundert Studierende in der Nähe der Universität eingefunden. Vor dem Ausgang zur Dorotheenstraße sammelte sich eine Gruppe der roten Studenten- und Schülerbewegung. Die Polizei war gleichfalls sehr stark vertreten und hielt mehrere Kontakts mit Schülern bereit. Die als Wahlversammlung gedachte Veranstaltung wurde zu einer Protestkundgebung anläßlich der Vorgänge am zehnten Jahrestage des Versailler Diktates. Nach dem Gehang „Fürsich heraus“ sprach der Vorsitzende der Allgemeinen deutschen Studentenschaft, Sopp, zu den versammelten Studierenden und gab der Empörung der Versammlung über die Art Ausbruch, in der das Kultusministerium auf eigenem akademischen Boden die akademische Freiheit mißachtet habe, indem es sämtliche Kundgebungen gegen den Schmachfrieden und die Kriegsschuldfrage unterlagte. Mit gleichem Entzücken habe man das Vorgehen der Polizei nicht gegen Aufrührer, sondern gegen Studenten sehen müssen, die von heiligsten vaterländischen Gefühlen befeuert waren. Es wurde eine Entschuldig angenommen, die lautet:

„Die zur Wahlversammlung der allgemeinen Studentenschaft versammelten Studierenden nehmen Anstoß an dem Entschuldig zu betonen, daß sie dem Verhalten der staatlichen Organe anläßlich der Versailler Kundgebung mit dem allergrößten Entzücken gegenübersehen. Sie sind bereit, sondern heißes vaterländisches Empfinden und ein feiner nationaler Wille. Dieselben Gefühle befeuern die hier Versammelten; sie geloben mit ihrem Willen und in ihrer Macht unbedingte Unterstützung für die Erziehung der akademischen Freiheit und der Freiheit des deutschen Volkes.“

Die kommunistischen Studenten hatten versucht, die Versammlung durch Pfeifen und Rufen zu führen. Die Schuppe griff sofort ein und verhaftete einige Personen, darunter einen roten Frontkämpfer. Im Beginn der Kundgebung gingen Schupenbeamte durch die Reihen und forderten die Abgabe der Stiche zur Aufbewahrung in der Universität. Der Aufforderung wurde Folge geleistet.

Die schönen Tage sind vorüber.

Frankreichs Militärreise über die Rheinlandandrängung.

Paris, 4. Juli.

Neben der Frage der Ratifizierung der Schuldenabkommen liegt augenblicklich im Mittelpunkt des Parteilebens in Frankreich die Frage der Rheinlandandrängung. Welches Interesse wird dieser Frage von der Militärverwaltung und allen militärischen Kreisen entgegengebracht, und zwar weniger aus politischen Gründen als aus der Erwägung heraus, daß für die zahlreichen Offiziersfamilien, die augenblicklich im Rheinland ein bequemes Leben führen, und auch für die aktiven Truppenteile im besetzten Gebiete in französischen Garnisonen selbst Untertun geschehen werden muß.

Wie verlautet, wurde Außenminister Briand von militärischen Kreisen über die Möglichkeit und den etwaigen Zeitpunkt einer vorzeitigen Rheinlandandrängung befragt. Briand weigerte sich aber, irgendeine Auskunft zu geben, da diese Frage den Gegenstand diplomatischer Verhandlungen sei und auf der kommenden Regierungskonferenz zur Erörterung stehe. Zu Recht oder Unrecht ist weiterhin in militärischen Kreisen die Meinung verbreitet, die Rückkehr der beiden besetzten Zonen werde gleichzeitig im März 1930 erfolgen. Auf welche Urteilsgründe sich diese Meinung stützt, konnte allerdings nicht in Erfahrung gebracht werden.

Ein Rechtfertigungsversuch.

Polens Antwort an Danzig.

Danzig, 4. Juli.

Zu dem am 1. Juli dem diplomatischen Vertreter Polens von dem Danziger Senat überreichten Antwortschreiben, in dem die Danziger Regierung energische Verwarnung gegen die politischen Beschlüsse wegen der Transferungsabkommen am Tage von Versailles eingelegt hat, wird nunmehr durch die halbamtliche politische Telegraphenagentur eine Mitteilung herausgegeben, in der hervorgehoben wird, daß der Senat in seinem Schreiben „die Frage der Gefahr und wirtschaftlichen Schäden, die beratige Manifestationen für das Zusammenleben Danzigs mit Polen bilden, völlig mit Stillschweigen übergeht.“

Das natürliche Recht der freien Meinungsäußerung umfasse nicht die Notwendigkeit der Teilnahme von Behördenvertretern an derartigen Kundgebungen. Der Vertreter des Senats habe aber an der Rundgebung der Technischen Hochschule teilgenommen. Die Behauptung des Senats, die politische Regierung habe kein Sonderrecht, die Erfüllung der Bestimmungen des Versailler Vertrages durch die freie Stadt zu überwachen, halte einer lässlichen Kritik nicht stand, weil die Rechte der polnischen Republik aus eben diesem Vertrag von Versailles resultierten, der die gleiche Grundlage für die Danzig-polnischen Beziehungen ausmache.

Die politische Antwort auf die scharfe Verwarnung des Danziger Senats erscheint uns recht lahm und berührt vor allem gar nicht den Kern der ganzen Angelegenheit, nämlich die Tatsache, daß Polen sich in Danzigs Angelegenheiten überhaupt nicht einzumischen hat. Der Senat hatte ganz recht, wenn er die Antwort mit Stillschweigen überging. Da Polen unbefugtermaßen sich Sonderrechte in Danzig anmaßte, konnte die Antwort von der Gemeinseite gar nicht leicht genug gefast sein, ohne auf Einzelheiten eingehen zu müssen.

Annahme des Konkordats.

Die Verhandlungen im Landtagsauschuß.

Berlin, 4. Juli.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages gab bei der Konkordatsberatung Kultusminister Dr. Beder die Erklärung ab, daß das Staatsministerium dem demokratischen Antrag, wie er nunmehr formuliert worden ist, zustimmt.

Der Antrag lautet, unverzüglich in Verhandlungen mit der evangelischen Kirche einzutreten über Verträge auf dem Gebiete der religiösen Übung, des kirchlichen Eigentums und anderer kirchlichen Rechte, der innerkirchlichen Gesetzgebung und der Verwaltung, der Dotation und der Beschäftigung der leitenden Beamten, um die paritätische Behandlung mit der katholischen Kirche herbeizuführen. Dabei soll weiter geprüft werden, ob die bisherige Rechtslage hinsichtlich der Regelung der theologischen Lehrstühle vertraglich festgelegt werden kann.

Der Kultusminister ging dann auf die Frage des Abgeordneten Dr. v. Camps (SPD) ein und erklärte zunächst, daß nicht nur in seinem Artikel des Vertrages in seiner Weise auf die Schule Bezug genommen sei, sondern daß darüber hinaus auch keinerlei Meinungsverschiedenheiten bei den Verhandlungen vorhanden seien. Er verwies besonders auf die Stellungnahme der gesamten katholischen Presse, die gerade die Nichtabhandlung der Schule im Vertrage bedauert habe.

Am Abend hat der Hauptauschuß dann das Konkordat mit 16 Stimmen der Regierungsparteien und der